

An den  
Deutschen Bundestag  
Petitionsausschuss  
Platz der Republik 1

11011 Berlin

- **Für Ihre Unterlagen** -

---

**Petition an den Deutschen Bundestag**  
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

---

**Persönliche Daten des Hauptpetenten**

---

Anrede	Herr
Name	Kluge
Vorname	Tilman
Titel	Dipl. Ing. agr.

**Anschrift**

---

Wohnort	Bad Homburg v.d.H.
Postleitzahl	61352
Straße und Hausnr.	11a
Land/Bundesland	Deutschland
Telefonnummer	01743901460
E-Mail-Adresse	x@igsz.de

---

## Wortlaut der Petition

---

### I Petitum

Der Bundestag (DBT) sorgt dafür, daß sich verleumderische und beleidigende Äußerungen/Erklärungen von

- Fraktionen der im DBT vertretenen Parteien sowie

- MdB

vom DBT-Präsidium in dessen örtlicher und ggf. darüber hinausgehender Zuständigkeit formal wie finanziell strenger geahndet werden können.

Dies soll im Interesse der

- Vermeidung wachsender Politikverdrossenheit u.

- der Wahrung einer auch außenwirksamen fairen Debattenkultur des DBT

möglichst eng angesetzt werden

## Begründung

---

### II Beispiele

II.1.1 Aussage eines MdB im DBT-Plenum: "Übrigen bin ich der Meinung: Wer Grün wählt, wählt den Krieg." (vgl. Protokolle 15.6.2023 S. 13187C, 07.9.2023 S. 14670B).

Diese Zuordnung, jemand, der Grün wähle, wähle bewußt den Krieg (incl. letalen Geschehens) oder aber, daß Polit-Grün unabwendbar mit Kriegstreiberei gleichzusetzen sei, ist Verleumdung.

### II.1.2

Erklärung eines FrakGschF (MdB) am 15.12.2020 in einer PK seiner Fraktion in DBT-Räumen zu Corona und einem seinerzeit noch nicht hinreichend geprüften Impfstoff u.a., seine Partei habe "immer gesagt, wir müssen zu allererst die Hochrisikogruppen schützen. (...) Und die Priorisierung (wenn das noch 'ne Frage war): Natürlich, ganz klar, die Risikogruppen, die 80jährigen, 85jährigen 90jährigen. [Ob das] ob der Impfstoff möglicherweise Spätfolgen hat, interessiert die nicht mehr. Die sollen jetzt geimpft werden, weil sie jetzt die Angst haben, zu Recht."

Der v.g. MdB unterstellt namens seiner Fraktion, daß ältere Menschen ihr eigenes Leben aufgrund v. Desinteresse hinsichtlich Folgewirkungen einer Impfung ihre weitere Gesundheit nicht mehr so wertschätzen, wie in jüngeren Jahren.

Daß Politiker v.a. aus einer Partei meinten, über die Würde, Wertigkeit und Dauer von Menschenleben nach von dieser Partei respektive v.a. des Parteiführers bestimmtem Gusto entscheiden zu dürfen, hat Deutschland

schon einmal erlebt.

#### II.2.1

Nicht in die ordnende Zuständigkeit des DBT-Präsidiums fällt z.B. der Kommentar eines Journalisten und Politologen (Chemnitz 09.4.2021) zum Buch eines Bundesministers (Köln 2021), wobei der Journalist (...) daraus schlussfolgert: "Wer GRÜN wählt, wählt den Krieg, wer den Krieg wählt, wählt den Untergang von Mutter Erde."

In Sachen der Petition ist es fraglich, ob der MdB unter II.1.2 formal hätte zitieren können oder dürfen, d.h. ob hier Zitate exculpierend wirken würden.

#### II.2.2

Nicht unmittelbar petitionsrelevant ist die Aussage eines Politikers aus Oberursel (6/2016 im Internet, inzwischen gelöscht) "Wo viel Islam – da viel Terror!", also nicht "Wo viel Islamismus.....".

Petitionerheblich ist, daß auf entsprechende Strafanzeige des Petenten wegen Volksverhetzung hin der indizierte Text vom Generalstaatsanwalt als "freie Meinungsäußerung" gewertet wurde.

### III Gründe

#### III.1

Die Verrohung des gegenseitigen Umganges, die auch auf parlamentarische Diskurse durchzuschlagen droht bzw. in Einzelfällen (s.o.) bereits durchschlägt, führt zu einem nicht barrierefreien Zugang von Menschen zu "der Politik", soweit diese (zu Recht) nicht bereit sind, ihre (politischen) Meinungen auf besagtem verrohtem Niveau zu erörtern.

#### III.2

Die Wahlbeteiligungen zeugen oft von politischen Desinteresse, dem mit attraktiv und fair diskutierten Inhalten begengnet werden muß, nicht aber mit organisierter Volksunzufriedenheit.

### IV Hinweis

Im Idealfall umfasste das Petikum das Geschehen im DBT selbst sowie darüber hinaus das Gebahren der Fraktionen und MdB wo auch immer.

### **Anregungen für die Forendiskussion**

---

Es wäre auch anzudenken, mehr Wege zur Ansprache von Politikern für Fälle zu schaffen, in denen Äußerungen der jew. Politiker, v.a. auch problematische Äußerungen im Sinne des Petikums, auf Unverständnis stoßen.

Soweit Sie es für wichtig halten, senden Sie bitte ergänzende Unterlagen in Kopie (z.B. Entscheidungen der betroffenen Behörde, Klageschriften, Urteile) **nach Erhalt des Aktenzeichens** auf dem Postweg an folgende Kontaktadresse:

---

Deutscher Bundestag  
Sekretariat des Petitionsausschusses  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: (030)227 35257

---